

Andreas Gorzewski

Die Türkisch- Islamische Union im Wandel

 Springer VS

Die Türkisch-Islamische Union im Wandel

Andreas Gorzewski

Die Türkisch- Islamische Union im Wandel

 Springer VS

Andreas Gorzewski
Troisdorf
Deutschland

ISBN 978-3-658-08866-8
DOI 10.1007/978-3-658-08867-5

ISBN 978-3-658-08867-5 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen National-bibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Lektorat: Dr. Jan Treibel, Monika Mülhausen

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media
(www.springer.com)

Inhalt

1	Unter türkischer und deutscher Flagge – Einleitung . . .	1
2	Gegen Spaltung und Sektierertum – Die Gründung der DİTİB	7
	2.1 Milli Görüş und die Süleyman-Bewegung als Konkurrenten.	14
	2.2 Schnelle Ausbreitung der DİTİB trotz schlechter Startbedingungen	18
3	Islam-Verwaltung im Staatsauftrag – Die türkische Religionsbehörde.	23
	3.1 Der Einfluss der Regierung auf das Diyanet.	30
	3.2 Das Auslandsengagement des Diyanet	35
4	Diyanet-Ableger oder Migrantenorganisation – Die Verbindungen der DİTİB nach Ankara.	45
	4.1 Die Vereinssatzungen	53
	4.2 Die Landesverbände als Zwischenebene	63
	4.3 Die lokalen Moscheevereine	71
5	Prediger, Pilgerfahrt und Pflichtgebet – Die DİTİB als religiöser Dienstleister	77
	5.1 Religionsbeauftragte und Attachés	78
	5.2 Predigten und Prediger	88
	5.3 Große und kleine Pilgerfahrt	92

5.4	Bestattungsfonds	95
5.5	Seelsorge in der Türkisch-Islamischen Union	98
6	Integration und Bewahrung des Türkentums – Der Doppelauftrag der DİTİB	101
6.1	Warnung vor Fitne	106
6.2	Sorge um die türkische Identität	111
6.3	Die DİTİB und die Integration	119
7	Anbieten und Einfordern – Die DİTİB in Politik und Zivilgesellschaft	129
7.1	Die DİTİB als Brücke zu Türkeistämmigen	133
7.2	Die DİTİB als politischer Akteur	138
7.2.1	Integrationsgipfel	144
7.2.2	Schächten	146
7.2.3	Kopftuch-Debatte	147
7.2.4	Jungen-Beschneidung	150
7.2.5	Karikaturen-Streit	154
7.2.6	Gegen Gewalt im Namen des Islam	157
7.2.7	Sicherheitspartnerschaft	160
7.2.8	NSU, Anschläge auf Moscheen und Islamfeindlichkeit	166
7.2.9	Wahlbeteiligung	170
7.2.10	Zwischen Mitgliederinteressen und öffentlichen Interessen	171
8	Islam auf dem Lehrplan – Die Ziele der DİTİB in Schule und Universität	175
8.1	Ziele der DİTİB mit dem Religionsunterricht	185
8.2	Islamische Theologie	195
9	Minarette und Zentralmoscheen – Die DİTİB und ihre Gebetsstätten	211
9.1	Das „Wunder von Marxloh“	217
9.2	Die Kölner DİTİB-Moschee	225

9.3	Die Eigentumsübertragung der Moscheen an die DİTİB	236
9.4	Zentrumsmoschee oder Fatihmoschee – Die Namen von Gebetsstätten	237
10	Zwischen Kooperation und Alleingang – Die DİTİB und die anderen Islam-Verbände.	239
10.1	Der Koordinationsrat der Muslime	248
10.2	Die Doppelfunktion der Diyanet-Beamten in Deutschland	256
10.3	Die DİTİB und die Aleviten	261
11	Wissenschaft plus Glauben – Das Islamverständnis der DİTİB.	269
11.1	Korrektes Wissen über den Islam	278
11.2	Der interreligiöse Dialog	282
11.3	Korrektes Wissen gegen den Missbrauch der Religion	295
12	„Das Paradies ist unter den Füßen der Mütter“ – Die DİTİB und die Frauen	301
13	Wandel und Beharren der DİTİB.	317
	Literatur	327

1

Unter türkischer und deutscher Flagge – Einleitung

Vor vielen Moscheen der „Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V.“ (*Diyanet İşleri Türk İslam Birliği* DİTİB) in Deutschland hängen eine deutsche und eine türkische Flagge sowie eine Fahne mit dem roten Logo des Verbandes. Egal welche Bedeutung den Fahnen jeweils zugeschrieben wird, sie umreißen das Spannungsfeld, in dem die mit Abstand größte islamische Organisation in Deutschland steht. Die DİTİB ist einerseits eng mit der türkischen Religionsbürokratie verwoben und andererseits auch eine Migrantenselbstorganisation in Deutschland. Etwa neunhundert Vereine zwischen Flensburg und Konstanz gehören dem Dachverband mit Hauptsitz in Köln an. Bundesländer und Kommunen, Kirchengemeinden und Behörden sehen in der Organisation einen Kooperationspartner in Fragen der Sicherheit, der Integration und des interreligiösen Dialogs. Bei der Deutschen Islam-Konferenz und dem Integrationsgipfel war die DİTİB dabei. Ihre Vertreter sitzen außerdem in den Beiräten, die vorerst für islamische Religionslehre an öffentlichen Schulen und für islamische Theologie an deutschen Universitäten mitverantwortlich sind. In

Hessen darf die DİTİB einen eigenen islamischen Religionsunterricht anbieten. Hamburg und Bremen unterzeichneten Verträge, mit denen die Organisation zusammen mit anderen islamischen Verbänden als Kooperationspartner der beiden Hansestädte anerkannt wurde. Ähnliche Abkommen in anderen Bundesländern sind in Arbeit. Dabei steht die Türkisch-Islamische Union für einen Islam, der als kompatibel mit Grundgesetz und Menschenrechten gilt. Dennoch begegnen viele deutsche Politiker, Journalisten, Kirchenvertreter und Bürger der DİTİB mit Vorbehalten. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die so genannte Islam-Kritik, die allzu häufig alle islamischen Strömungen und Organisationen in einen Topf wirft, richtet sich auch gegen den größten Moscheeverband. Wer den Islam pauschal als frauenfeindlich, intolerant und gewaltbereit sieht, nimmt die Türkisch-Islamische Union nicht von dieser Sichtweise aus. Darüber hinaus steht die DİTİB wegen ihrer engen personellen und strukturellen Bindungen an die türkische Religionsbehörde *Diyanet İşleri Başkanlığı* (DİB) – kurz Diyanet – in der Kritik. Das wird besonders deutlich, wenn es um die Frage geht, wer auf muslimischer Seite als offizieller Ansprechpartner der deutschen Landesregierungen für einen islamischen Religionsunterricht oder für andere Themen dienen kann. Dann werden Mahnungen laut, dass nur eine Organisation oder Institution den Islam vertreten dürfe, die völlig unabhängig von ausländischen Einflüssen sei. Allerdings ist es aufgrund ihrer Größe und ihrer Bedeutung innerhalb der muslimischen Gemeinschaft kaum möglich, die DİTİB als Ansprechpartner zu übergehen. Wer grob geschätzt ein knappes Drittel der Moscheen in Deutschland vertritt, darf bei Entscheidungen über den Islam nicht fehlen.

In deutschsprachigen Publikationen überwiegt meist die ebenso knappe wie einseitige Darstellung der DİTİB als „Ableger“ oder „verlängerter Arm“ der türkischen Religionsbehörde Diyanet. Dafür wird auf die Vereinssatzung der DİTİB verwiesen, die den Vertretern der türkischen Religionsbürokratie in der Tat erhebliche Mitspracherechte und Kontrollmöglichkeiten einräumt. Außerdem steht die Praxis der türkischen Behörde am Pranger, Hunderte von Imamen nach Deutschland zu entsenden, die als türkische Beamte weisungsgebunden sind und darüber hinaus kaum Deutsch sprechen. Demgegenüber bemüht sich die DİTİB um ein Erscheinungsbild als unabhängiger Verband für die Interessen der in Deutschland lebenden Muslime. Dazu verweist sie auf ihre Struktur nach deutschem Vereinsrecht und ihre vielfältigen religiösen, kulturellen, sozialen und integrationsfördernden Angebote, die auf das Leben in der Bundesrepublik zugeschnitten sind. Eine Abhängigkeit von der Türkei weisen DİTİB-Vertreter regelmäßig mit Nachdruck von sich. Allerdings können sie die personellen und institutionellen Verflechtungen nicht einfach leugnen.

Für viele Türkeistämmige in Deutschland stellt sich die Frage gar nicht, ob die DİTİB nun ein Ableger der Religionsbehörde sei. Für sie ist das eine Selbstverständlichkeit. „Die DİTİB, das ist das Diyanet“ oder „die DİTİB, das ist der türkische Staat“ sind Antworten, die viele Türkeistämmige hierzulande spontan geben, wenn sie nach der DİTİB gefragt werden. Das kann sowohl positiv als auch negativ gemeint sein. Für einen Teil der Türkeistämmigen ist die Verbindung der DİTİB zum Diyanet negativ besetzt. Dabei schwingt eine kritische bis ablehnende Haltung gegenüber der türkischen Regierungspolitik mit. Kritiker

werfen der Regierung und der Religionsbehörde in Ankara vor, den Islam zu instrumentalisieren. Sie sehen auch in der Türkisch-Islamischen Union lediglich einen Versuch, die Monopolstellung und den Kontrollauftrag der Religionsbehörde Diyanet nach Deutschland zu übertragen. Wieder andere bewerten die DİTİB gerade wegen ihrer Verbindungen zum türkischen Staat und zum Diyanet positiv, weil sie darin eine Garantie gegen religiösen Extremismus sehen. In der öffentlichen Islamdebatte in Deutschland werden diese unterschiedlichen Positionen immer wieder aufgegriffen und je nach Standpunkt als Argumente eingesetzt.

Beide Sichtweisen – die DİTİB als Ableger einer türkischen Behörde und die DİTİB als selbstbestimmte Organisation von Türkeistämmigen in Deutschland – beleuchten nur jeweils einen Teil der sehr komplexen Zusammenhänge. Die DİTİB steht im Spannungsfeld zwischen türkischer Politik und Religionsbürokratie, deutscher Islam- und Integrationsdebatte und der Lebenswirklichkeit ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik. Die Dienstanweisungen und Gesetze zur Arbeit der türkischen Religionsbehörde spielen für den Auftrag und das Funktionieren der DİTİB eine wichtige Rolle. Das tun die sozialen, politischen und staatskirchenrechtlichen Rahmenbedingungen in Deutschland auf einer anderen Ebene auch. Je nachdem, aus welchem Blickwinkel die DİTİB betrachtet wird, ergibt sich ein anderes Bild. Aus einer Art Vogelperspektive gesehen steht die Arbeit der Kölner Verbandszentrale im Mittelpunkt. In dieser Sichtweise sind die engen Verflechtungen mit der Türkei unüberschbar. Aus der Froschperspektive fällt der Blick dagegen auf die lokalen Moscheevereine. In Kassel, Papenburg oder Krefeld geht es primär um die Anliegen

und Bedürfnisse der Mitglieder vor Ort. Ankara erscheint dann oftmals weit weg.

Mittlerweile sind die Aktivitäten der Türkisch-Islamischen Union so vielfältig geworden, dass sie in einem einzigen Buch nur noch angerissen werden können. Dieses Buch soll sowohl den fortschreitenden Wandel als auch die seit Jahrzehnten vorhandenen Konstanten innerhalb der Organisation darstellen. Der Verband hat sich seit seiner Gründung in den 1980er Jahren in einigen Aspekten stark verändert, in anderen hingegen nicht. Antreiber des Wandels sind die Entwicklungen in Deutschland und der Türkei, der Generationswechsel in vielen Moscheevorständen und die Neuausrichtung der Diyanet-Auslandsaktivitäten. All das macht es problematisch, die DİTİB nur mit einem einseitigen und statischen Etikett zu versehen. Ziel dieses Buches ist es, zu einer Versachlichung der Debatte über die Türkisch-Islamische Union beizutragen, ohne kritische Punkte auszuklammern. Nach einer Schilderung der Gründungsgeschichte und Entwicklung der DİTİB in Kap. 2 werden zunächst Auftrag und Historie der türkischen Religionsbehörde Diyanet und anschließend die Beziehungen zwischen DİTİB und Diyanet in den Kap. 3 und 4 dargestellt. Daran schließen sich Betrachtungen der Türkisch-Islamischen Union als religiöser, zivilgesellschaftlicher und politischer Akteur sowie Anmerkungen zum Integrationsverständnis der Organisation an (Kap. 5–7). Die Haltung des Verbandes zum islamischen Religionsunterricht an Schulen und zur islamischen Theologie an Universitäten sowie die Probleme der DİTİB als Moschee-Bauherrin sind Themen der Kap. 8 und 9. In den weiteren Buchteilen werden das Verhältnis der DİTİB zu den anderen islami-

schen Organisation, das Islamverständnis der DİTİB und die Haltung zu Frauen untersucht (Kap. 10–12). Den Abschluss bildet ein Fazit über Wandel und Beharren in der Türkisch-Islamischen Union.

Als Quellen für die Darstellung dienen neben eigenen Interviews, Recherchen und Beobachtungen des Autors über einen Zeitraum von zehn Jahren vor allem Veröffentlichungen der DİTİB und der Religionsbehörde Diyanet sowie Stellungnahmen von Vertretern beider Organisationen in deutsch- und türkischsprachigen Medien. Alle Übersetzungen aus türkischsprachigen Interviews, Zeitungsberichten und anderen Publikationen stammen vom Autor dieses Buches, soweit nicht anders vermerkt.

2

Gegen Spaltung und Sektierertum – Die Gründung der DİTİB

„Als Staat und als Nation werden wir immer an der Seite unserer arbeitenden Brüder sein und zu ihrer Verfügung stehen“, rief der türkische Staatsminister Kazım Oksay am 12. Mai 1985 in einer Kölner Sportarena (*Diyanet Gazetesi* Juni-Juli 1985, S. 55). Etwa 15.000 Türken – darunter 2000 Frauen (*Milliyet* Europaausgabe 14.05.1985, S. 3) – hatten sich in die Zuschauerränge gezwängt, um die Rede des Regierungsmitglieds aus Ankara zu hören. Türkische und auch ein paar deutsche Flaggen schmückten die Halle und verdeckten teilweise die Bierreklame, wie alte Fotos der Veranstaltung zeigen. Weitere 10.000 Besucher mussten draußen bleiben, weil die Halle überfüllt war (*Diyanet Gazetesi* Juni-Juli 1985, S. 55). Die Menschen waren mit Bussen aus der ganzen Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden angereist, um dabei zu sein, als Oksay die neu gegründete „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.“ der Öffentlichkeit vorstellte. Auf Türkisch heißt der Verein *Diyanet İşleri Türk İslam Birliği*, kurz DİTİB. Noch am selben Tag öffnete nur wenige Kilometer entfernt in Köln-Ehrenfeld

die DİTİB-Zentrale samt Moschee ihre Tore. Dafür war eine ehemalige Pharmafabrik im Stadtteil Ehrenfeld zum Großteil in Eigenarbeit umgebaut worden. Der Gebäudekomplex umfasste die DİTİB-Verwaltung, Gebetsräume für Männer und Frauen und Unterrichtsräume. Auch dorthin strömten Tausende, wie sich DİTİB-Mitbegründer Mehmet Lal und sein Sohn Cemil erinnerten (Interview mit Mehmet und Cemil Lal 11.03.2014). Die Straßen seien wegen des Andrangs verstopft gewesen. Für das erste Gebet in der DİTİB-Zentrale war eigens der Ober-Imam aus der Beyazıt-Moschee in Istanbul eingeladen worden (*Hürriyet* Europaausgabe 12.05.1985, S. 3). Die Grußworte und Reden zur Gründungsfeier waren bereits zuvor in der Sporthalle gehalten worden, weil es dort mehr Platz und eine leistungsstarke Lautsprecheranlage gab, schilderte Mehmet Lal den Ablauf (Interview mit Mehmet und Cemil Lal 11.03.2014).

Bei der Massenveranstaltung in Köln ging es um mehr als nur um einen weiteren türkisch-islamischen Verband in Westdeutschland. In den knapp 24 Jahren seit dem offiziellen Beginn der türkischen Arbeitsmigration ins deutsche Wirtschaftswunder im Jahr 1961 waren schon zahlreiche muslimische Vereine und Verbände entstanden. Die DİTİB sollte diese Vereinsszene jedoch grundlegend verändern. Mit ihrer Hilfe drängte die staatliche türkische Religionsbehörde Diyanet in die muslimischen Strukturen in der Bundesrepublik hinein. Bis dahin waren die türkischen Muslime in Deutschland in religiöser Hinsicht meist auf sich allein gestellt. Die Religionsbehörde hatte nur wenige Imame und Religionsattachés in die Bundesrepublik entsandt. Darüber hinaus gab es kaum einen organisatorischen Rahmen für

ein Auslandsengagement des Diyanet. Diesen Rahmen sollte erst die neue DİTİB schaffen. Zu ihrer Gründung war neben dem Staatsminister auch die Diyanet-Führungsriege nach Köln gereist. Sie verkündeten gemeinsam, dass sich die Türkei künftig mehr um die religiösen Bedürfnisse ihrer Bürger im Ausland kümmern wollte.

Staatsminister Oksay mahnte seine Zuhörer in der Sporthalle eindringlich (*Hürriyet* Europaausgabe 13.05.1985, S. 7): „Wir erwarten von euch und wir bitten euch darum, dass ihr die Einheit weiter stärkt und nicht zulässt, dass sich die Saat von Zwietracht und Uneinigkeit weiter verbreitet, um nicht in die Falle äußerer Provokation zu tappen.“ Immer wieder gebe es Verschwörungen und Komplote, um die Türkei zu teilen und zu schwächen, warnte der Politiker. Deshalb seien Einheit und Solidarität äußerst wichtig. „Wer die Feinde der Türken sind, ist bekannt. Leider sind unter ihnen auch Verräter mit türkischem Pass. In ihren Personalpapieren steht, dass sie Türken und Muslime sind“, beklagte Oksay (*Hürriyet* Europaausgabe 13.05.1985, S. 7). Jedem Besucher dürfte damals klar gewesen sein, was der Regierungsvertreter aus Ankara meinte. Die Türkei wurde seit den 1970er Jahren von extremen Spannungen zwischen den politischen und religiösen Lagern erschüttert. Linke, rechte und verschiedene religiöse Organisationen lieferten sich einen erbitterten ideologischen Grabenkrieg und beschimpften sich gegenseitig als Ungläubige, Kommunisten oder Faschisten. Vor allem linke und rechte Gruppen verübten Anschläge. Gewaltsame Auseinandersetzungen und Morde waren überall in der Türkei an der Tagesordnung, bis das Militär im September 1980 putschte. Zahllose Politiker, Aktivisten, Gewerkschafter und andere wurden ver-

haftet. Parteien, Vereine und Bewegungen wurden verboten. Doch die tiefe Kluft zwischen den Lagern blieb noch lange bestehen. Längst hatte sie auch die türkischen Migrantengemeinschaften in Mitteleuropa gespalten. Türkische Parteien und Bewegungen hatten in Deutschland, Belgien oder Frankreich ihre Ableger und Netzwerke aufgebaut. Dort konnten sie auch dann noch weiter arbeiten und ihre Propaganda verbreiten, als ihre Mutterorganisationen in der Türkei längst verboten und in den Untergrund abgedrängt worden waren. Das wollte die türkische Staatsführung nicht länger hinnehmen. Sie wollte nach dem Putsch von 1980 in Anatolien wie in Europa verhindern, dass Zwietracht und Uneinigkeit unter den Türken wieder die Oberhand gewinnen könnten.

Als ein Mittel gegen Organisationen und Bewegungen, die aus Sicht der Militärs die staatliche Ordnung gefährdeten, diente der türkische Islam. Die Religion sollte helfen, die bis heute bei jeder Gelegenheit beschworene Einheit der Türkei zu zementieren. Dabei kam der staatlichen Religionsbehörde, deren voller Name *Diyanet İşleri Başkanlığı*¹ ist, eine Schlüsselfunktion zu. Ihre Prediger, Vorbeter und Theologen mahnten innerhalb und außerhalb der Republikgrenzen die Einheit und nationale Solidarität aller Türken an. Unter Federführung des Diyanet entstanden überall in Mitteleuropa islamische Organisationen wie die DİTİB, die personell und strukturell eng mit der Behörde in Ankara verbunden waren. Diese Organisationen sollten als Dach-

¹ Das Diyanet in Ankara erscheint in deutschsprachigen Publikationen auch unter den Bezeichnungen Religionspräsidium oder Amt für religiöse Angelegenheiten. Die zuweilen auch gebräuchliche Bezeichnung Religionsministerium ist falsch, weil es sich beim Diyanet nur um eine Behörde handelt.

verbände möglichst viele Moscheen in den Zielländern der Arbeitsmigranten an sich binden und sicherstellen, dass regierungs- und staatsfeindliche Prediger dort kein Podium finden. Sie sollten zugleich einen Islam ohne extremistische Einflüsse vertreten. Ein Teil der türkischen Muslime im Ausland hatte dieses Engagement lange herbeigesehnt, wie der Andrang bei der DİTİB-Gründung deutlich machte.

Als 1985 tausende Türken in Köln dem Staatsminister zuhörten, gab es die DİTİB vereinsrechtlich schon eine Weile. Bereits 1982 war in West-Berlin auf lokaler Ebene ein erster DİTİB-Verband entstanden (Amtsgericht Berlin-Charlottenburg, VR 6858). Auch der Kölner Verband, aus dem der heutige DİTİB-Bundesverband hervorging, bestand schon seit zehn Monaten. Am 5. Juli 1984 hatten sich die nur 18 Gründungsväter zur ersten Mitgliederversammlung getroffen, wie das Protokoll der DİTİB-Gründungsversammlung belegt (Amtsgericht Köln, VR 8932). Die meisten von ihnen waren Arbeiter und Angestellte aus dem Rheinland, zwei kamen aus Dortmund. Auch einige türkische Diyanet-Vertreter waren dabei. Sie wählten aus ihren Reihen den ersten siebenköpfigen Vorstand. Drei von ihnen gaben laut der deutschen Version des Protokolls der Gründungsversammlung an, dass sie „Geistliche“ seien. Gemeint waren Vorbeter oder Theologen. Hinzu kam der türkische Botschaftsrat für religiöse Angelegenheiten in Bonn, Niyazi Baloğlu. Er wurde der erste Vorstandsvorsitzende. Eines der sieben Vorstandsmitglieder war Mehmet Lal aus Troisdorf im Rhein-Sieg-Kreis. Der türkische Kaufmann hatte zuvor Diyanet-Präsident Tayyar Altıkulaç als Gast bei sich aufgenommen und mit ihm über die religiösen Bedürfnisse seiner Landsleute diskutiert (Interview mit Mehmet und Cemil

Lal 11.03.2014). Die Gründungsmitglieder erklärten bei ihrer Versammlung, dass sie die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschten (Amtsgericht Köln, VR 8932). Für ihre Arbeit war das kein Problem, da die DİTİB zunächst nur auf die türkischsprachige Bevölkerung ausgerichtet war. Vereinszweck war laut § 2 Abs. 1 der DİTİB-Satzung in der Version vom 5. Juli 1984, „die in Köln lebende türkische Gemeinschaft in allen Angelegenheiten der islamischen Religion zu betreuen, aufzuklären und zu unterweisen.“ Außerdem sollte der Verein laut § 2 Abs. 2 in Zusammenarbeit mit dem türkischen Erziehungsministerium und dem Diyanet-Präsidenten Programme für einen islamischen Religionsunterricht an Kölner Schulen vorbereiten. Vermutlich war von Anfang an nicht beabsichtigt, die Aktivitäten auf die Domstadt zu beschränken. So schlossen sich auch Moscheevereine außerhalb von Köln der DİTİB an (vgl. Yaşar 2012b, S. 51)², bevor der Verein seine Aktivitäten ab 1987 offiziell auf die gesamte Bundesrepublik ausdehnte (Amtsgericht Köln, VR 8932, § 2 Abs. 1, Version 26.04.1987). Seit jenem Jahr tritt die DİTİB in ihrer Selbstdarstellung als „Dachorganisation“ auf.

Der ersten Mitgliederversammlung 1984 waren jahrelange Diskussionen vorausgegangen. Diyanet-Präsident Altıkulaç (2011, S. 387–388) beschrieb in seinen Memoiren die Debatten. Bereits 1978 hatte er nach eigener Darstellung das Gespräch mit dem damaligen türkischen

² Die Islamwissenschaftlerin Aysun Yaşar geht davon aus, dass die DİTİB bereits seit ihrer Gründung in Köln „informell als Dachverband für andere DİTİB-Gemeinden fungierte“. Das deuteten Aussagen von Vorstandsmitgliedern von DİTİB-Moscheevereinen gegenüber Yaşar an.

Regierungschef Bülent Ecevit gesucht, um ihn zu einem stärkeren Engagement im Ausland zu drängen. Die Türkei müsse sich dringend um die religiösen Belange ihrer Bürger fern der Heimat kümmern, so der Diyanet-Präsident. Die Moscheen in den europäischen Ländern seien in verschiedene Lager gespalten. Dort würden unqualifizierte Prediger auftreten, warnte Altıkulaç. Acht bis zehn Religionsbedienstete in den diplomatischen Vertretungen im Ausland seien viel zu wenig angesichts der großen Zahl von Landsleuten. Altıkulaç schlug deshalb vor, im Ausland Stiftungen nach dem Vorbild der Türkischen Diyanet-Stiftung (*Türkiye Diyanet Vakfı*/ TDV) zu gründen. Diese Stiftung war erst 1975 in der Türkei entstanden. Sie ist personell und organisatorisch eng mit der Religionsbehörde in Ankara verwoben, kann jedoch in Bereichen arbeiten, die nicht zum gesetzlichen Auftrag des Diyanet gehören. Auf die Bundesrepublik ließ sich dieses Modell allerdings nicht übertragen. Als die türkische Seite die deutsche Haltung zu den Plänen auslotete, fragte das Land Nordrhein-Westfalen laut Altıkulaç, ob im Gegenzug die Gründung einer Stiftung für die Deutschen in der Türkei erlaubt würde. Das war jedoch nach der damaligen türkischen Rechtslage nicht möglich. Deshalb musste der Diyanet-Präsident die Frage verneinen (Altıkulaç 2011, S. 399). Damit war die Idee einer Stiftung vom Tisch. „Die Deutschen haben das nicht akzeptiert“, erinnerte sich auch Mehmet Lal (Interview mit Mehmet und Cemil Lal 11.03.2014). Deshalb entschieden sich die 18 DİTİB-Gründer in Köln für einen eingetragenen Verein als Rechtsform.

2.1 Milli Görüş und die Süleyman-Bewegung als Konkurrenten

Ungeachtet des großen Andrangs in der Kölner Sportarena war die Ausgangslage für die DİTİB schwierig. Die türkisch-islamische Vereinsszene in Deutschland war bereits weitgehend aufgeteilt. In den 1960er Jahren waren hunderttausende türkische Muslime in die Bundesrepublik und die angrenzenden Staaten gekommen. Die meisten wollten nur kurze Zeit bleiben, um Geld zu verdienen und dann wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Für sie wurde der Begriff „Gastarbeiter“ geprägt. Doch schon nach wenigen Jahren zeichnete sich ab, dass ein großer Teil von ihnen bleiben würde. Sie mieteten Lagerhallen, Garagen und ausgediente Ladenlokale, um darin ihre Gebete zu verrichten. So entstanden die ersten Moscheen. Da den Gebetsstätten Kuppeln, Minarette oder orientalische Verzierungen fehlten, waren sie von außen nicht zu erkennen. Die Rolle des Vorbeters übernahmen Mitglieder, die die nötigen Grundkenntnisse dafür hatten. Für Predigten, Korankurse und religiöse Auskünfte gab es jedoch meistens kein geschultes Personal. Viele dieser Hinterhofmoscheen in Deutschland gerieten in den Sog der ideologischen Auseinandersetzungen zwischen den türkischen Parteien und religiösen Bewegungen. Die Konflikte reichten bis in die Vorstände der einzelnen Moscheevereine. Je nach Mehrheit bei Vorstandswahlen schloss sich eine Moschee dem einen oder anderen Verband an. Vor allem zwei große Organisationen standen Mitte der 1980er Jahre in Konkurrenz zur neu gegründeten DİTİB: die Milli-Görüş-Bewegung und die Süleyman-Be-

wegung. Sie verfügten über einige Hundert Moscheevereine und eine große Zahl von Anhängern.

Die Milli-Görüş-Bewegung geht auf den türkischen Politiker Necmettin Erbakan zurück. Der 2011 verstorbene Erbakan, der von 1996 bis 1997 kurzzeitig Ministerpräsident der Türkei war, propagierte ein islamisches Ordnungssystem für Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Milli Görüş bedeutet frei übersetzt soviel wie „national-religiöse Weltansicht“. In der Türkei organisierten sich die Anhänger in einer Reihe von Parteien, die mehrfach verboten wurden. In Deutschland ist die Milli-Görüş-Bewegung dagegen ein religiöser Verband, dessen Vorläufer bis in die 1970er Jahre zurückreichen. Heute heißt die Organisation Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG).

Die Süleyman-Bewegung beruft sich auf den türkischen Religionsgelehrten Süleyman Hilmi Tunahan. Der 1959 verstorbene Tunahan hatte sich dagegen gewehrt, dass der Islam zu seinen Lebzeiten immer mehr aus dem türkischen Bildungssystem verdrängt worden war. Mit inoffiziellen Korankursen wollte Tunahan die klassische islamische Gelehrsamkeit bewahren. Dabei geriet er immer wieder in Konflikt mit der staatlichen Religionspolitik und stand vor Gericht. Seine Anhänger gründeten 1973 in Köln den Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ).

Daneben entstanden noch weitere religiöse Organisationen wie die des Predigers Cemaleddin Kaplan, der als „Kalif von Köln“ berühmt wurde. Alle diese Vereine und Verbände rivalisierten miteinander. Eine Moschee konnte von einem Lager ins andere wechseln. Oft spaltete sich dann ein Teil der Vereinsmitglieder ab und richtete eine eigene Gebets-

stätte ein.³ Die türkisch-islamische Vereinsszene jener Jahre war unübersichtlich und zutiefst zerstritten. Vielerorts waren damals Stimmen zu hören, die mehr oder weniger deutlich einen islamischen Staat in der Türkei forderten. Die wenigen Prediger und Imame der türkischen Religionsbehörde, die auch schon vor der DİTİB-Gründung in Deutschland arbeiteten, wurden von der Milli-Görüş- und der Süleyman-Bewegung angefeindet. 1980 beschrieb der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) die Lage:

Die von der türkischen Regierung in die Bundesrepublik Deutschland geschickten Beauftragten für Religionsfragen [d.h. die Imame; d. Verf.] stoßen hier wegen der verschiedenen religiösen Sekten und politischen Ansichten auf große Schwierigkeiten. In den bestehenden Moscheen finden sie keine Wirkungsmöglichkeiten, manchmal werden sie sogar unter Androhung von Gewalt vor die Tür gewiesen, und ‚offizielle‘ Moscheen gibt es nicht. (Deutscher Gewerkschaftsbund 1980, S. 22)

Der einstige Diyanet-Präsident Altıkulaç schilderte in seinen Memoiren, dass ihm bei Deutschlandbesuchen gar nicht in den Sinn gekommen sei, in Moscheen der Süleyman-Bewegung zu gehen. Die Anhänger dieser Gruppe würden das Gebet nicht hinter jemandem verrichten, der nicht zu ihnen gehörte, schrieb der Diyanet-Vertreter (Altıkulaç 2011, S. 375). Diese Stimmung hielt sich auch nach der Gründung der DİTİB über Jahre. In die DİTİB-Moscheen zu gehen und hinter einem DİTİB-Imam zu be-

³ Werner Schiffauer (1997, S. 157–159) beschrieb exemplarisch die Zersplitterung der türkisch-islamischen Vereinslandschaft in Augsburg.

ten, sei nicht erlaubt, weil ein solches Gebet von Gott nicht angenommen werde, erläuterte der Sozial- und Religionswissenschaftler Rauf Ceylan (2010, S. 64) die damalige Atmosphäre. Die DİTİB in Deutschland und das Diyanet in der Türkei standen in der Wahrnehmung ihrer Gegner für die Staatsgewalt und eine staatliche Kontrolle der Religion. DİTİB-Gründungsmitglied Mehmet Lal und sein Sohn Cemil hatten die damalige Kritik erlebt. „Bleibt weg! Die haben Krawatten an. Hinter Leuten, die Krawatten anhaben [d. h. den Diyanet-Imamen; d. Verf.], darf man nicht beten“, warnten ihnen zufolge einige Kritiker des Diyanet-Engagements in Deutschland (Interview mit Mehmet und Cemil Lal 11.03.2014).

Umgekehrt beschimpften einige Diyanet- und DİTİB-Vertreter seinerzeit die Anhänger anderer türkisch-islamischer Verbände als Spalter und warfen ihnen abweichende Glaubenslehren vor. Aus der Perspektive der DİTİB und der türkischen Religionsbehörde missbrauchten die anderen Bewegungen damals die religiösen Gefühle der Arbeitsmigranten (vgl. Seufert 1999, S. 262). In Deutschland wie in der Türkei wollte das Diyanet verhindern, dass solche staatsunabhängigen Gruppen die Religion instrumentalisierten und politisch gegen den Staat einsetzten (vgl. Seufert 2004, S. 18). Gegen sektiererische Auslegungen des Islam oder umstürzlerische Predigten sollten die Diyanet-Imame in Deutschland einen Islam vertreten, der nach eigener Einschätzung „richtig“ und vor allem staatsreu war.

2.2 Schnelle Ausbreitung der DİTİB trotz schlechter Startbedingungen

Für den harten Konkurrenzkampf im Ausland war die türkische Religionsbehörde anfangs nur schlecht gerüstet. Ihr fehlten Geld, Strukturen und Personal, um es mit den anderen islamischen Organisationen aufzunehmen. Staatsminister Oksay erklärte bei der Eröffnung der Kölner DİTİB-Zentrale (*Kölner Stadt-Anzeiger* 14.05.1985): „Wäre eine solche Einrichtung schon vor 20 Jahren gegründet worden, würde die türkische Volksgruppe in der Bundesrepublik heute anders dastehen.“ Ob die gesamte Gruppe der Türkistämmigen einen anderen Stand gehabt hätte, ist kaum zu sagen. Zumindest hätten die Diyanet-Vertreter eine andere Basis gehabt, wenn sich ihre Behörde schon in den 1960er Jahren massiv in Deutschland engagiert hätte. Personell musste die Religionsbehörde im Ausland fast bei null starten. Diyanet-Präsident Altıkulaç kündigte bei der DİTİB-Gründungsfeier 1985 an, 110 Imame als Attachés oder mit anderem Status nach Deutschland und in andere Länder zu entsenden. Angesichts von damals etwa anderthalb Millionen Türken allein in der Bundesrepublik war dies eine bescheidene Anzahl. Außerdem waren bis zu dem Festakt erst 22 dieser Imame benannt worden (*Diyanet Gazetesi* Juni-Juli 1985, S. 55).

Trotz der Anfangsprobleme war die DİTİB schnell erfolgreich. Binnen weniger Jahre konnte sie einen beträchtlichen Teil der türkischen Moscheen auf ihre Seite ziehen. Bereits im Gründungsjahr sollen dem Dachverband 230 Vereine

beigetreten sein. Bis 2011 wuchs die Zahl auf 889 Vereine, davon 806 Moscheen (DİTİB-Handreichung o. J., S. 7). 2014 schrieb die Antirassismus- und Antidiskriminierungsstelle der DİTİB auf ihrer Website⁴, dass dem Dachverband bundesweit 904 Mitgliedsvereine angehörten, darunter 817 Moscheegemeinden. Diese Moscheen wurden von den Arbeitsmigranten selbst aufgebaut. Die Religionsbehörde hätte trotz der finanzstarken Türkischen Diyanet-Stiftung (TDV) nicht die Mittel gehabt, Hunderte von Moscheegebäuden zu mieten, umzubauen oder neu zu errichten. In Deutschland unterstützte die Stiftung zwar anfangs einzelne Moscheevereine (*TDV Haber Bülteni* Aug. 1993, S. 11; *TDV Haber Bülteni* Sep.–Nov. 1997, S. 33), doch handelte es sich nach Angaben von DİTİB-Mitbegründer Lal um zinslose Darlehen (Interview mit Mehmet und Cemil Lal 11.03.2014). Außerdem hielt diese Förderung nicht lange an und kam nur vergleichsweise wenigen Vereinen zugute. Die allermeisten Moscheevereine mussten sämtliche Kosten allein tragen.

Heute stehen in fast jeder größeren Stadt der alten Bundesländer DİTİB-Gebäude. In Dortmund, Duisburg, Berlin, Hamburg und vielen anderen Großstädten gibt es vier, fünf oder noch mehr angeschlossene Moscheen. Ebenso wie die anderen Verbände versuchte die DİTİB, die Ortsvereine dauerhaft an sich zu binden. Dabei hatte sie gegenüber den anderen Verbänden einen großen Vorteil: Die Moscheevereine erhielten nach dem Beitritt zur DİTİB einen von der Türkei bezahlten Imam. Somit mussten die finanzschwa-

⁴ http://www.ditib-antidiskriminierungsstelle.de/uber_uns.php. Zugegriffen. 01.09.2014.

chen Vereine nicht auch noch das Gehalt für ihren Vorbeter aufbringen. Außerdem konnten sie davon ausgehen, dass ihr Imam eine theologische Qualifikation besaß und in den Konflikten jener Jahre wohl nicht auf die türkische Republik schimpfen würde. Allerdings konnten auch vom Diyanet entsandte Religionsbeauftragte in einigen Fällen die Seiten wechseln, wie in Kapitel 10 ausgeführt wird. Im Gegenzug zur Entsendung eines türkischen Vorbeters überschrieben die Vereine ihre Gebäude der Kölner Dachverbandszentrale.

Die Anfangsphase der DİTİB machte zweierlei deutlich. Einerseits ging die Initiative für die Gründung des Dachverbandes im Wesentlichen von Ankara aus. Die Religionsbehörde hatte ein politisches und ein religiöses Ziel, als sie die DİTİB in Deutschland aufbaute und mit Personal ausstattete. Sie wollte rivalisierenden Bewegungen das Feld streitig machen und ihren Staatsbürgern religiöse Dienste anbieten. Andererseits sind Größe und schnelle Entwicklung des Verbandes ohne die Mitwirkung der Moscheevereine in Deutschland nicht zu erklären. Viele Türken hatten damals herbeigesehnt, dass sich die Republik Türkei auch in der Bundesrepublik um die religiösen Bedürfnisse ihrer Bürger kümmert. Türkeistämmige mit deutschem Pass gab es damals kaum – anders als heute. Der türkische Botschafter Oktay İşcen erklärte in seiner Rede zur DİTİB-Gründung 1985 in Köln: „Die Idee, eine Türkisch-Islamische Union zu gründen, kam von unseren Landsleuten.“⁵ Auch wenn diese Aussage die Rolle des Diyanet verschleiert, ist sie

⁵ Zitiert nach dem Redemanuskript des türkischen Botschafters Oktay İşcen vom zweiten Tag der Eröffnungsfeiern am 13.05.1985.

doch nicht völlig aus der Luft gegriffen. Dafür sprechen die vielen Menschen bei der Eröffnungsfeier. Hätten die DİTİB-Gründung und die Entsendung türkischer Imame nicht im Interesse der Türkeistämmigen in Deutschland gelegen, wäre das schnelle Wachstum des Dachverbandes unvorstellbar gewesen, wie die Islamwissenschaftlerin Aysun Yaşar (2012b, S. 52) feststellte. Die große Masse der Moscheebauten in der Bundesrepublik entstand allein mit dem Geld ihrer Vereinsmitglieder und Spender. Das verleiht der DİTİB einen doppelten Charakter: Sie ist eine so genannte Migrantenselbstorganisation und ein Verein nach deutschem Recht. In ihrer aktuellen Form ist sie aber auch eine Organisation, die personell und strukturell noch immer an der Nabelschnur von Ankara hängt. Das Engagement vieler Türken und Türkeistämmiger in Deutschland und das Wirken der türkischen Religionsbürokratie sind die beiden tragenden Säulen der DİTİB. Um diese Beziehung zwischen DİTİB in Deutschland und Diyanet in der Türkei verstehen zu können, ist im Folgenden zunächst ein Blick in die Geschichte der türkischen Religionsverwaltung nötig.

3

Islam-Verwaltung im Staatsauftrag – Die türkische Religionsbehörde

Die moderne Türkei hat ein zwiespältiges Verhältnis zur Rolle des Islam im Staatsgefüge. Einerseits sind nach offizieller Lesart Staat und Religion getrennt. Der Laizismus ist in der Verfassung verankert. Andererseits kümmert sich eine staatliche Behörde um die Auslegung und Verkündung des Islam. Türkische Beamte sind für die Moscheen zuständig, leiten die Gebete, halten die Predigten und erstellen Gutachten über Grundsatz- oder Detailfragen zum Islam. Diese spezielle Form von Laizismus ist aus der Geschichte erwachsen. Anders als das Osmanische Reich, das sich mit dem Sultan-Kalifen an der Spitze als islamischer Staat verstand, definiert sich die moderne Türkei nicht durch einen Bezug zum Islam. Republikgründer Mustafa Kemal, der später den Ehrentitel Atatürk erhielt, wollte den Einfluss der Religion auf die Politik zurückdrängen. Dazu ließ die junge Türkei nacheinander das Sultanat und das Kalifat als politische und religiöse Herrschaftsinstanzen abschaffen. Der letzte Kalif, Abdülmecid II., wurde 1924 abgesetzt und ins Exil geschickt. Zusätzlich wurde auch das Amt des *Şeyhülislam* als ranghöchstem Religionsgelehrten abgeschafft.

Die Funktionen und umfangreichen Kompetenzen des *Şeyhülislam* in der Verwaltung, im Religions-, Bildungs- und Justizsystem wurden auf verschiedene Ministerien aufgeteilt. Vor allem das Justizministerium und das Bildungsministerium übernahmen viele Funktionen (vgl. Çakır und Bozan 2005, S. 12). Religiöse Dienste sowie die Stiftungsverwaltung, die für das Funktionieren islamischer Institutionen damals enorm wichtig war, gingen auf das 1920 gegründete Ministerium für Scharia-Angelegenheiten und Stiftungen (*Şer'îye ve Evkaf Vekaleti*) über (vgl. Yavuzer 2006, S. 47). Doch das Ministerium hatte nicht lange Bestand. Mit dem Übergang zur Republik setzten sich zunehmend die Kräfte durch, die keinen „Religionsminister“ am Kabinettstisch haben wollten. Der traditionelle Islam galt vielen in der politischen Führung als rückständig und als Hemmnis für das angestrebte Ziel, eine fortschrittliche und starke Nation zu werden. Nur wenige Monate nach der Ausrufung der türkischen Republik am 29. Oktober 1923 wurde im März 1924 das kurzlebige Ministerium für Scharia-Angelegenheiten und Stiftungen aufgelöst und durch das Direktorium für Religiöse Angelegenheiten (*Diyanet İşleri Reisliği*) ersetzt. Diese Behörde wurde dem Amt des Ministerpräsidenten untergeordnet. Das Arbeitsfeld des neuen Direktoriums wurde auf die Bereiche Glaubenslehre und religiöse Praxis beschränkt (vgl. Yavuzer 2006, S. 51–53). Das Stiftungswesen, das über Jahrhunderte religiöse Institutionen finanziert hatte, ging im Zuge der Reformen an eine eigenständige Behörde über. Der Verfassungsartikel, der den Islam anfangs noch zur Staatsreligion in der neu geschaffenen Republik Türkei erklärt hatte, entfiel. Seit 1938 ist die Türkei offiziell ein laizistischer Staat.